

Die neue Agrarfrage : drei Milliarden Bauern und Bäuerinnen sind bedroht

Autor(en): **Amin, Samir**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik**

Band (Jahr): **24 (2004)**

Heft 47

PDF erstellt am: **21.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-652197>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Die neue Agrarfrage

Drei Milliarden Bauern und Bäuerinnen sind bedroht*

Die kapitalistische Landwirtschaft, bestimmt durch das Prinzip der Kapitalrendite, findet sich fast ausschliesslich in Nordamerika, Europa, im südlichen Amerika und in Australien. Sie beschäftigt einige zehn Millionen Agrarunternehmer, die nicht mehr als „(Klein-)Bauern“ bezeichnet werden können. Ihre Produktivität – Resultat des Einsatzes von Maschinen, über die sie weltweit praktisch exklusiv verfügen, und der Landgrösse, die jedem zur Verfügung steht – entspricht 1'000 bis 2'000 Tonnen Getreide pro ArbeiterIn und Jahr.

Demgegenüber beläuft sich die Zahl der Kleinbauern und -bäuerinnen auf drei Milliarden Menschen, das ist die Hälfte der Menschheit. Diese kann man in zwei Gruppen aufteilen; die einen, die zwar von der Grünen Revolution (Düngemittel, Pestizide und ausgewähltes Saatgut) einen Nutzen davongetragen haben, aber praktisch keinen Zugang zu motorisierten Hilfsmitteln haben. Ihre Produktivität erreicht 10 – 50 Tonnen pro ArbeiterIn und Jahr. Es bleiben jene, die von dieser Revolution ausgeschlossen blieben. Sie produzieren höchstens um die 1000 Kilogramm.

Der Produktivitätsabstand zwischen der technologisch fortgeschrittensten Agrikultur und der armen kleinbäuerlichen hat ein schwindelerregendes Ausmass angenommen, wenn man ihn mit jenem vor 50 Jahren vergleicht. Mit anderen Worten, der Produktivitätsfortschritt in der kapitalistischen Landwirtschaft hat einen Rhythmus erreicht, der beide anderen Landwirtschaftssektoren bei weitem übertrifft und zu einem Preiserfall von 500 Prozent geführt. Die ungleichen Bedingungen zwischen dem Agrobusiness auf der einen und der bäuerlichen Landwirtschaft auf der anderen Seite springen ins Auge und man muss sich fragen, wie sich die WTO-Runde von Doha im November 2001 auf letztere auswirkt. Dort wurde beschlossen, die „Agrikultur“ in die allgemeinen „Konkurrenzregeln zu integrieren“ und damit die landwirtschaftlichen Produkte und Nahrungsmittel „den übrigen Waren“ gleichzusetzen.

Etwa 20 Millionen zusätzliche moderne Landwirtschaftsbetriebe wären, sofern sie Zugang zu genügend Land und für ihre technologischen Erfordernisse zum Kapitalmarkt haben, in der Lage, jene notwendigen Güter zu produzieren, die die kaufkräftigen städtischen Konsumenten und Konsumentinnen heute noch aus kleinbäuerlicher Produktion erwerben. Aber was geschieht mit den Milliarden von nicht konkurrenzfähigen Kleinbauernfamilien, die dabei auf der Strecke bleiben? Innerhalb von wenigen Jahrzehnten werden sie unerbittlich eliminiert werden. Was aber wird aus diesen Milliarden von Menschen, die zu den Ärmsten der Armen

gehören, die sich bis anhin wenigstens selbst ernähren konnten, wenn auch zwei Drittel von ihnen mehr schlecht als recht? Drei Viertel der unterernährten Menschen auf dieser Welt leben auf dem Lande. Gehen wir von fünfzig Jahren aus – keine industrielle Entwicklung, auch wenn sie noch so konkurrenzfähig ist und selbst wenn von einem phantastischen, kontinuierlichen Wirtschaftswachstum von sieben Prozent ausgegangen wird, wäre in der Lage, auch nur einen Drittel dieser menschlichen Reserve zu beschäftigen.

Was also ist zu tun? Der Fortbestand der kleinbäuerlichen Landwirtschaft muss für die Zukunft des 21. Jahrhunderts und nicht aus romantisch-nostalgischen Gründen gesichert werden. Um dieses Problem zu lösen, ist es unausweichlich, das Denken des Liberalismus zu überwinden. Genau deshalb ist es mehr denn je unerlässlich, Politiken zu entwerfen, in denen die Beziehung zwischen dem „Markt“ und der kleinbäuerlichen Landwirtschaft geregelt ist. Auf nationaler und regionaler Ebene müssten solche Regulierungen spezifisch an die lokalen Bedingungen angepasst werden, damit sie die nationale Produktion schützen, die notwendige nationale Ernährungssicherheit garantieren und so die Ernährungs-Waffe neutralisieren. Anders gesagt, es geht darum, die internen Preise von jenen des sogenannten Weltmarktes mittels einer Produktivitätszunahme im kleinbäuerlichen Sektor zu entkoppeln und damit die Abwanderung der Bevölkerung von den ländlichen Gebieten in die Städte unter Kontrolle zu halten. Auf der sogenannten Weltmarktebene könnte die wünschbare Regulierung in interregionalen Handelsabkommen bestehen zwischen Europa einerseits, Afrika, der arabischen Welt, China und Indien andererseits. Sie müssten eine integrative Entwicklung fördern anstatt sie auszuschliessen.

Die aktuelle Stützung der Agrikultur und der „Misserfolg“ von Cancún

Auf imposante Weise ignoriert die WTO die gigantischen Herausforderungen, mit denen sich die Gesellschaften des Südens konfrontiert sehen. Demgegenüber dienen die aus ihrer Sicht aufgeworfenen Fragen (Agrar-„Subventionen“) ausschliesslich dem Ziel, die Märkte des Südens für den Export überschüssiger Landwirtschaftsprodukte aus dem Norden zu öffnen.

Gemäss der WTO belief sich die Summe der öffentlichen Aufwendungen für die Landwirtschaft 1995 auf 286 Milliarden Dollar. 90 Prozent dieser Subventionen entfielen auf die USA und Kanada, die Europäische Union sowie Japan. Die WTO teilt nun die Agrarsubventionen vier Kategorien zu: einer roten, einer orangen, einer blauen und einer grünen Box. Die Zuteilung in eine Box erfolgt nach dem Kriterium, wie stark eine Subvention die Produktion und vor allem die „Preise“ (Produktionspreis, Verkaufspreis bei den ProduzentInnen, Kaufpreis der KonsumentInnen) der Agrarpro-

dukte beeinflussen. In die rote und orange Box kommen Subventionen, die einen gewissen Einfluss auf den Preis haben. In die Boxen blau und grün gehören jene Subventionen, die die Preise nicht beeinflussen. Von den 286 Milliarden Dollar landeten 124 Milliarden in den Boxen rot und orange und 162 Milliarden in blau und grün.

Diese WTO-Klassierung ist von grosser Bedeutung, betreffen doch die „Liberalisierungs“massnahmen, die aus den landwirtschaftlichen Gütern gewöhnliche Waren machen, einzig die Subventionen aus rot und orange. Diese Subventionen müssen innerhalb eines ausgehandelten Zeitraums progressiv vermindert werden. Die Staaten sind frei, die Subventionen in grün und blau beizubehalten oder sogar zu erhöhen, was übrigens seit Jahrzehnten ein Faktum ist. Die Kriterien der WTO-Klassierung halten einer kritischen Überprüfung nicht stand. In Realität bilden die vier Boxen eine einzige, die berechtigterweise als „black box“ bezeichnet wird. Es steht ausser Zweifel, dass alle Subventionen einen klaren Einfluss auf die Produktion, ihr Volumen und die Effizienz und damit auch auf den Preis haben. Genau dazu werden sie ja auch eingesetzt. Das Konzept, einmal zwischen verschiedenen Subventionen einerseits sowie der Produktion und dem Preis andererseits einen Zusammenhang herzustellen, das andere Mal einen solchen aber zu verneinen, entbehrt einer soliden Grundlage. Es entspringt der „Alchimie“ einer reinen Ökonomie und dient in der Praxis als Argument, um Gegebenheiten im einen oder anderen Sinne zu manipulieren, je nachdem ob ein wirtschaftspolitisches Ansinnen legitimiert oder delegitimiert werden soll.

Das Wesen und der Einflussbereich der Agrarpolitiken der Länder des Nordens müssen wieder im Rahmen jener Herausforderungen gesehen werden, wie ich sie eingangs skizziert habe, und nicht einzig im Korsett der WTO-Agenda (den „Subventionen“). In diesem Bereich (wie in vielen anderen) sind die Vorteile des Nordens struktureller Art. Ausserdem haben es die Agrarpolitiken in Europa und den USA ermöglicht, eine Produktionskapazität zu erreichen, die die Nachfrage des internen Marktes bei weitem überschreitet. Deshalb sind die EU und die USA aggressive Agrarexporteure geworden. Hierin liegt der Grund für ihr Bestreben, die Märkte des Südens mittels der WTO für ihre Agrarprodukte und Nahrungsmittel zu „öffnen“. Aber neben der Beschäftigung mit solchen aktuellen Problemen im Rahmen der WTO und der Cancún-Konferenz (2003) ist es vordringlich, eine globale Alternative für die Agrarpolitiken im Norden und im Süden zu entwickeln und den weltweiten Austausch darüber zu fördern.

Die Länder des Südens sind sicher nicht in der Lage, der Herausforderung, die ihnen aufgezwungen wurde, dadurch zu begegnen, dass sie die Agrarpolitiken des Nordens übernehmen. Die Bedingungen sind radikal verschieden. Das bedeutet nun aber nicht, dass sie nicht eine eigene Entwicklungspolitik für ihre Landwirtschaft benötigten, eine Politik, die auf eine Verbesserung der Produktivität und die Bewältigung des sozialen

Wandels (Verhinderung der Desintegration der ländlichen Bevölkerung und der Verslumung in den Städten) abzielt. Diese Politiken müssten auch nationale Ziele einschliessen, insbesondere die Ernährungsautonomie. Die Länder des Südens, die eine solche Politik beschreiten, sind nicht nur im Recht, sondern sie müssen diese auch verteidigen. Dafür sollten ihnen die geeignetsten und nötigen Mittel wie Zolltariffreiheit, allenfalls quantitative Massnahmen (Kontingente) zur Verfügung stehen. Über solche direkten Massnahmen hinaus erfordert der Schutz der nationalen Wirtschaftsentwicklung eine kohärente nationale Politik in verschiedenen Bereichen, so besonders in der nationalen Finanz- und Währungspolitik.

Neben den Agrarsubventionen sind andere Bereiche, in denen sich der Norden aggressiv gebärdet, in Betracht zu ziehen. Das Supermonopol über selektioniertes Saatgut beispielsweise, das das Agrobusiness mit dem Argument des „geistigen und industriellen Eigentums“ so geschickt zu verstärken versteht, muss aktiv und von allen Ländern des Südens bekämpft werden. Diese Frage betrifft auch ökologische und Umweltprobleme. Das Vorgehen der Liberalen in diesem Problembereich reicht von der reinen Enteignung säkularen Wissens der Kleinbauern im Süden über die Zerstörung der Biodiversität bis hin zur Aufrechterhaltung von Optionen, von denen ein gigantisches Gefahrenpotential ausgeht, beispielsweise gentechnisch veränderten Organismen. Diese Strategien haben einen grossen Einfluss und haben vor allem an der letzten Konferenz der Blockfreien vom Februar 2003 in Kuala Lumpur grosses Aufsehen erregt.

Der „Misserfolg“ der reichen Industriestaaten auf der WTO-Konferenz von Cancún (September 2003) muss deshalb als ein Sieg der ärmeren Völker angesehen werden. Nur schon das Faktum, dass die vereinten Länder des Südens ein aus der wenig transparenten WTO hervorgegangenes Diktat zurückgewiesen haben, ist ein Erfolg, wenn auch ein zwiespältiger. Denn die Länder des Südens haben nicht die „Prinzipien des Liberalismus“ (die klare und gegenseitige „Öffnung“ der Märkte) zurückgewiesen, sondern lediglich die von der WTO vorgeschlagenen Modalitäten, wonach die Länder des Nordens und des Südens auf eine skandalöse Art und Weise unterschiedlich behandelt werden. Man muss aber weit darüber hinausgehen, denn die Durchsetzung eines „authentischen Liberalismus“ (das heisst mit oder ohne Subventionen für die Agrarexporte des Nordens) hätte auf jeden Fall für die Kleinbauern und -bäuerinnen des Südens katastrophale Folgen.

* Es handelt sich hier um das einleitende Kapitel des Aufsatzes „La nouvelle question agraire: trois milliards de paysans menacés“, in: Forum mondial des alternatives, 2004: Mondialisation des résistances. L'état des luttes 2004, Paris. Übersetzung: Urs Sekinger.

WTO entscheidet aktuell gegen Entwicklungsländer*

Nachtrag von Via Campesina*

Angesichts der aktuellen Verhandlungen im Rahmen der WTO und der zunehmenden internen Widersprüche, muss jetzt das Recht auf Ernährungssouveränität unterstrichen werden. Dadurch wird es möglich, die kritischen Stimmen innerhalb der WTO zu stärken und auf solidarische und nachhaltige Prinzipien für die Zukunft unserer Gesellschaften zu insistieren.

Im Rahmen der „Doha Runde für Entwicklung“ ist Ende Juli 2004 ein Konsens über die weiteren Verhandlungsschritte in der WTO unterzeichnet worden. Entgegen seinem Titel wurden weder konkrete Entscheidungen zugunsten der Entwicklungsländer getroffen, noch wurden Unterstützungsbeiträge oder verbindliche Termine festgelegt. Die neuen Abkommen verstärken nur die negativen Auswirkungen der vorangegangenen auf die Zukunft der Agrarwirtschaft und die sozialen Ökonomien.

Mittels der Verschiebung von Subventionen werden die USA und die EU weiterhin ihre Dumping-Praxis auf den Agrarmärkten zum einzigen Nutzen der Multinationalen Unternehmen fortsetzen können. Mittels Verhandlungen hinter verschlossenen Türen der G5 (USA, EU, Brasilien, Australien und Indien) und unter Zeitdruck sowie mittels Erpressung wurde der systematische Abbau der Schutzzolltarife und der Ernährungssouveränität vorangetrieben. Zollbarrieren jedoch sind ein legitimer Schutzmechanismus, der reichen wie armen Ländern zur Verfügung steht und der ermöglicht, die Agrarpreise zu stabilisieren und damit das bäuerliche Einkommen weltweit zu garantieren.

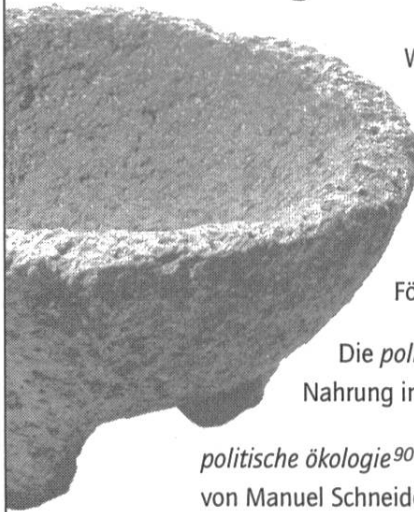
Anstelle einer Politik der Angebotsbeschränkung halten die Länder des Nordens an einer uneingeschränkten Exportorientierung fest. Die WTO-Verhandlungen haben enorme Auswirkungen auf alle unsere Volkswirtschaften. Die Nivellierung nach unten und das Fehlen jeglicher Überlegungen fern von der systematischen Konkurrenzierung finden sich in der Landwirtschaft wie in der Industrie oder im Dienstleistungssektor. Dies führt zu Landflucht, Migration und Arbeitslosigkeit, favorisiert werden industrielle Produktionsmethoden und die Entwicklung von Transportsystemen, die wiederum negative Auswirkungen auf die Umwelt haben. Demgegenüber ist die Forderung nach einer solidarischen und nachhaltigen Alternative, wie dem Recht auf Ernährungssouveränität, fundamental, um die demokratischen Strukturen zu stärken.

* Via Campesina (www.viacampesina.org) ist der weltweite Zusammenschluss von Kleinbauerorganisationen, Landlosenbewegungen und LandarbeiterInnen-Gewerkschaften. Der hier abgedruckte Auszug (Übersetzung: Urs Sekinger) aus ihrem neuesten Manifest vom 10. September 2004, nimmt die aktuelle Entwicklung der WTO-Verhandlungen auf. „The WTO kills farmers“ hatte der koreanische Bauer Lee Kyung Hae auf ein Plakat geschrieben, als er sich im September letzten Jahres anlässlich der WTO-Ministerkonferenz im mexikanischen Cancún öffentlich selbst

verbrannte. Via Campesina hat deshalb den 10. September zum globalen Aktionstag gegen Freihandel und für Ernährungssouveränität erklärt. „Food Sovereignty“ ist ein umfassendes Gegenkonzept zum kapitalistischen Agroexportsystem. Es meint das Recht jedes Volkes, seine Landwirtschafts- und Nahrungsmittelpolitik selbst bestimmen zu können.

politische ökologie

Hunger im Überfluss



Wie hängt der Wohlstand im Norden mit der Armut im Süden zusammen?
 Wie wirken sich die globalen Umweltrends auf die Produktion von Nahrungsmitteln aus?
 Warum leben die meisten hungernden Kinder in Ländern, die Nahrungsmittelüberschüsse produzieren?
 Fördert der Weltagrarhandel gar den Hunger?

Die *politische ökologie* zeigt Wege auf, das Menschenrecht auf Nahrung in Zeiten der Globalisierung nachhaltig zu verwirklichen.

*politische ökologie*⁹⁰ „Hunger im Überfluss“ herausgegeben von Manuel Schneider. Mit Beiträgen von P. Rottach, J. Kotschi, M. Windfuhr, B. Schubert, R. Schäfer u.v.a.

„Stillen Sie Ihre Neugier! „Fordern Sie das aktuelle Heft an
 „12,- € (inkl. Versand)! „ISBN 3-936581-61-4
 „oekom verlag „Fax 089/54 41 84 49 „neugier@oekom.de „www.oekom.de



BÜCHER ZU DEN THEMEN MIGRATION – RASSISMUS – GLOBALISIERUNG



TAT|UND|RAT BUCHHANDLUNG FÜR POLITIK UND RATGEBER

RÖSCHIBACHSTRASSE 69 8037 ZÜRICH T 01 272 63 40 INFO@TATUNDRAT.CH

→ OFFEN VON DIENSTAG BIS FREITAG 10–18.30 UHR UND SAMSTAGS 10–16 UHR